

„Wir müssen wieder Debatten führen“

FRANKFURT Ulrike Ackermann sieht die Demokratie in Gefahr. Die lebe von der Bereitschaft, sich mit den Aussagen des anderen im Diskurs auseinanderzusetzen. Einen Anstoß dazu, wie es sein müsste, will sie mit einem neuen „Forum Demokratie“ der Frankfurter Bürgerstiftung geben. In ihrem Buch „Die neue Schweigespirale“ beschreibt sie die aktuelle Situation.

Frau Ackermann, Sie kritisieren, dass es eine „neue Schweigespirale“ gebe. Dabei wird doch alles von jedem kommentiert.

Mit der „neuen Schweigespirale“ möchte ich eine soziale Dynamik beschreiben, wonach sich die Menschen weniger trauen, etwas zu sagen, weil es womöglich politisch nicht völlig korrekt ist. Die Meinungsfreiheit gilt und besteht natürlich. Aber es entsteht in der politischen Diskussion, im gesellschaftlichen Diskurs seit einigen Jahren ein zunehmender Konformitätsdruck. Es gibt viele Untersuchungen darüber, dass die politische Meinungsfreiheit insofern unter Druck gerät, als immer mehr Menschen in der Bevölkerung der Meinung sind, sie müssten vorsichtig sein, wenn sie ihre Meinung öffentlich äußern.

Und diese anderen Menschen äußern sich dann gar nicht mehr?

Doch. Aber diese Äußerungen verlagern sich immer mehr ins Netz. Und das Netz zeichnet sich gerade dadurch aus, dass die dortige Kommunikation sich oft in Shitstorms äußert, Menschen in ihren Blasen kommunizieren. Statt eines Dialogs, eines zivilisierten Streits, Meinungsaustausches von Angesicht zu Angesicht wird im Netz aus der Anonymität heraus angeprangert, geschimpft, geböckelt oder beleidigt.

Und wer bestimmt, was gesagt werden darf? Was politisch korrekt ist?

Das ist das Verrückte: Das sind im politischen Diskurs und an den Universitäten, in den geisteswissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Fachbereichen oft Minderheiten, die etwa formulieren, dass die gesamte deutsche Gesellschaft rassistisch sei, die koloniale Vergangenheit jeden Weißen verstricken lassen soll, die Gesellschaft tendenziell antifeministisch sei, richtig „gegendert“ werden müsse. Ich könnte noch viele Beispiele nennen und tue dies auch in meinem Buch, das ich in diesem Jahr veröffentlicht habe und für das ich als Titel „Die neue Schweigespirale“ gewählt habe.

Diese Minderheit legt fest, was politisch korrekt ist?

Ja. Ihr aktivistisches Auftreten sorgt für einen Konformitätsdruck, der sich in der Gesellschaft, an den Universitäten breitmacht – Stichwort „Cancel Culture“ und „Political Correctness“. Alle, die unsicher sind, ob das, was sie denken, politisch korrekt ist, schweigen lieber. Sie werden vorsichtig und überlassen anderen das Reden.

Aber, Frau Ackermann, ist das denn wirklich so? Suchen sich die Menschen nicht den Platz, der die meiste Verbreitung, das größte Publikum, garantiert, und wählen deshalb die sozialen Medien?

Studien belegen, dass mehr als 60 bis 70 Prozent der Menschen der Meinung sind, sie müssen vorsichtig sein, ihre politische Meinung zu äußern. Das ist ein Faktum, an dem wir nicht vorbeikommen. Natürlich kann jeder im Prinzip seine politischen Meinungen frei äußern, aber es geht um den Konformitätsdruck.

Oder um den gefühlten Druck?

Jeder möchte von seinen Mitmenschen respektiert, anerkannt, geliebt und nicht in eine Ecke gestellt werden. Doch wenn sich in Gesprächen herausstellt, wenn ich das und das sage, dann gerate ich plötzlich in eine Ecke, dann entsteht dieses Druckmoment, das Menschen zum Schweigen bringt. Und das gibt es in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern, vor allen Dingen an den Hochschulen. Die Grenzen des Sagbaren werden so Zug um Zug enger. Selbstzensur macht sich breit. Tatsächlich kann dann eine breite pluralistische Diskussion so nicht mehr stattfinden.

Was wäre ein Beispiel?

Nehmen wir die „Identitätspolitik“. Die ist in den Vereinigten Staaten in bester Absicht entstanden. Gesellschaftliche Minderheiten, die sich diskriminiert fühlen oder es sind oder die in der Vergangenheit diskriminiert wurden – ethnische, sexuelle oder religiöse Minderheiten –, sollten an den Hochschulen besonders gefördert werden. Das hat dazu geführt, dass sich diese Minderheiten selbst beforschen, die Geschichte ihrer Community ins Zentrum stellen und sich separieren. Über Jahrzehnte hat dies dazu geführt, dass sich immer mehr Gruppen von der großen Gesellschaft, das ist in diesem Diskurs die weiße Mehrheitsgesellschaft, die beispielsweise kolonialistische Schuld auf sich geladen hat, absetzen. Mit dem Ergebnis, dass mittlerweile die historischen Errungenschaften in Europa und den USA auf dem Weg der Menschen aus der Unmündigkeit in die Freiheit radikal infrage gestellt werden.

Identitätspolitik heißt: Das Gedicht einer schwarzen Lyrikerin muss von einer schwarzen Frau vorgetragen werden? Muslime definieren, wann für sie Meinungsfreiheit überschritten wird, und so auch, was Meinungsfreiheit ist?

Genau. Beim Streit um die Mohammed-Karikaturen waren damals schon die ver-



Rassismuvorwürfe: Im Oktober 2021 unterbricht die Grünen-Politikerin Mirriam Mahn den damaligen Oberbürgermeister Peter Feldmann während seiner Rede zu der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Paulskirche.

Foto dpa

letzten Gefühle wichtiger als die Meinungsfreiheit. Für die Identitätspolitik zählt nicht das Individuum, sondern die Zugehörigkeit zu einer Gruppe, die sich als Opfer der weißen Tätergesellschaft sieht. Etwa aufgrund der Kolonialverbrechen des Westens, der weißen Bevölkerung. Indianerkostüme sind dann verpönt, weil sie indigene Minderheiten oder „Colored People“ beleidigen würden. Die Form der kulturellen Aneignung sei rassistisch.

Aber der Ansatz, den Fokus auf eine Minderheit zu lenken, der ist richtig?

Ursprünglich war es ein emanzipatorischer Ansatz, nämlich Schutz von Minderheiten und Stärkung ihrer Rechte. Doch wenn sich Menschen jetzt vornehmlich über Gruppenzugehörigkeiten definieren wie Hautfarbe, Sexualität oder ihre Religion und darüber ihre Rechte einfordern, ist dies ein enormer Rückschritt. Dann wird die Gruppenidentität wichtiger als die Gleichheit jedes Individuums und jedes Staatsbürgers vor dem Recht, gerade unabhängig von diesen Eigenschaften und Merkmalen. Aus dem emanzipatorischen Ansatz ist Ideologie geworden. Die Folge sind Zersplitterungen und Polarisierungen in der Gesellschaft.

Führt das am Ende nicht doch zu etwas Positivem? Nämlich dazu, dass ich redlicher argumentieren muss?

Das wäre schön, wenn es so wäre. Aber, und das ist ja der Punkt, die Folge von „Political Correctness“ und „Cancel Culture“ ist, dass weniger offen und sachlich diskutiert wird. Es zählt dann nicht mehr das Argument, sondern eher die Herkunft des Sprechers oder der Sprecherin.

Man debattiert weniger über unterschiedliche Positionen. Sondern es geht oft um verletzte Gefühle, die ethnische oder sexuelle Herkunft und wie gesprochen wird. Da sind wir ganz schnell bei der Sprachpolitik und zum Beispiel dem „strukturellen Rassismus“.

Aber es gibt Rassismus in unserer Gesellschaft.

Natürlich, das bestreitet ja niemand. Aber wenn man davon ausgeht, dass die Gesellschaft insgesamt strukturell rassistisch ist – Sie, Herr Knop, sind als weißer Mann einer der Oberassistenten, als Frau steht man noch etwas besser da –, dann macht man den ganzen Rassismusbegriff unscharf und kann den praktisch-empirischen Rassismus nicht mehr konkret ausmachen.

Fällt Ihnen dazu ein Beispiel ein?

Nehmen wir vor einem Jahr die Überreichung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, als die Vorsitzende des Kulturausschusses der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung und Diversitybeauftragte der Frankfurter Grünen, Mirriam Mahn, die Rede des Oberbürgermeisters unterbrach und behauptete, auf der Buchmesse seien „Colored People“ nicht erwünscht. Das ist einfach Bullshit. Aber das versammelte Publikum aus Kultur und Politik hat dies hingenommen, hat bußfertig applaudiert, statt dieser Dame zu widersprechen.

Da hätte ja jemand auf das Steinpodium gehen müssen.

Man hätte wenigstens nicht zu applaudieren brauchen. Das hat mich schockiert, deshalb hat es auch Eingang in mein Buch gefunden. Natürlich gibt es rechtsradikale oder auch rechtsextreme Verlage auf der Buchmesse. Daraus die Generalisierung zu schlussfolgern, „Colored People“ seien nicht erwünscht, und zum Boykott der Buchmesse aufzurufen, das geht nicht.

Das Phänomen reicht noch weiter.

Ein anderes Beispiel ist die Tatsache, dass Bücher umgeschrieben oder Filme sprachlich neu unterlegt werden, weil sie Aussagen enthalten, die in der Entstehungszeit der Werke völlig normal waren, aber heute die Gefühle von Lesern oder Zuschauern verletzen könnten. Wir können nicht die Vergangenheit umschreiben. Man muss sich bitte schön mit ihr auseinandersetzen.

Sie warnen vor der Spaltung der Gesellschaft. Das Wort Spaltung suggeriert, mit zwei Gruppen zu tun zu haben, von denen die eine eine sehr signifikante Größe hat. Ist diese Gruppe, über die wir reden, zahlenmäßig groß? Auf der Dortmunder Südtribüne und auch bei der Eintracht wird in 30 Jahren noch nicht gegendert.

Ich würde es auch nicht am Gendern festmachen. Doch das Problem ist, dass die Kluft zwischen den einen und den anderen immer größer wird. Wenn sich so ein Wort wie Mehrheitsgesellschaft durchsetzt für die Leute auf der Südtribüne, dann sind das nicht mehr wir alle, die Gesellschaft. Die Mehrheitsgesellschaft ist dann die Tätergesellschaft, und die anderen, die Minderheiten, sind die Opfer. Wenn sich diese Polarisierung in Täter und Opfer breitmacht, dann bin ich beunruhigt. Es ist ja mein Job als Soziologin, bestimmte Entwicklungen ein bisschen eher wahrzunehmen. Und es ist eben nicht nur das Gendern – das wäre ja harmlos. Es ist das, was es mit sich bringt und ausdrückt.

Aber die Mehrheit äußert doch ihre Meinung immer noch lautstark.

Natürlich können sie ihre Meinung an Stammtischen und im Netz kundtun.

Die Stammtische sind ja die Blasen, die ihnen früher ausschließlich zur Verfügung standen.

Blasenbildung und die Abschottung in Sinnungslager nehmen jedoch zu, besonders in den sozialen Netzwerken. Auch, weil wir immer weniger Diskussio-

nen von Angesicht zu Angesicht haben. Im Zuge der Corona-Krise sind ja die Präsenzveranstaltungen eingeschränkt worden – an den Universitäten sogar ganz. Dabei braucht es Debattenräume, wo man sich ausprobieren, lernt zu debattieren, eine Position, die mir überhaupt nicht schmeckt, solange sie mich nicht beleidigt, akzeptieren zu müssen, mich damit auseinanderzusetzen. Diese Räume sind immer kleiner geworden. Und diejenigen, die von den Hochschulen abgehen, die haben diese Kompetenz nicht mehr: also zuzuhören, sich kritisch auseinanderzusetzen, auch eine Ambivalenz auszuhalten.

War das früher besser? Der NATO-Doppelbeschluss zum Beispiel ist damals sehr heftig an den Universitäten diskutiert worden. Wären damals aber Leute dagegen aufgestanden und hätten gesagt: „Was Schmidt macht, das ist eine gute Idee.“

Das ist völlig richtig beobachtet. Sagen wir mal so: Die linke Hegemonie in den Sozial- und Geisteswissenschaften haben wir im Prinzip schon seit der Studentenbewegung. Aber es wurde insgesamt einfach noch heftiger, intensiver debattiert, Dinge infrage gestellt. Heute kann man beobachten, dass die moralische Selbstgewissheit formuliert wird: „Wir sind die Opfer, und ihr habt gar nichts zu sagen.“

Und diese Selbstgewissheit verhält sich im Unterschied zu damals übergreifend gegenüber der Sprache?

Sprachverbote werden ausgesprochen. Du darfst nichts sagen, weil du ein weißer Mann bist. Du bist Täter. Die Wissenschaft, die du bisher vertreten hast, war immer eine Wissenschaft aus der weißen Täterperspektive. Deshalb müssen wir diese ganze Wissenschaft radikal infrage stellen. Das Grundgesetz, Rechtsstaat – das ist eine Erfindung des weißen Mannes. Die weiße Vernunft, wie sie die Aufklärung repräsentiert, Figuren wie Kant und Voltaire sind eigentlich Rassisten gewesen, deshalb weg mit ihnen. Es wird alles so radikal infrage gestellt, selbst die Meinungsfreiheit – das sei ja nur die Meinungsfreiheit der Herrschenden. Das mündet in einer Diskursverweigerung und verhindert echte Debatten.

Wie kommen wir da wieder heraus?

Mit der Öffnung der Debattenräume. An den Hochschulen und Schulen muss es gelernt werden. Ich bin auch der Meinung, dass wir wieder viel mehr die Diskussionsforen von Angesicht zu Angesicht in der bürgerlichen Öffentlichkeit brauchen. Wir müssen zurück zu dem Grundsatz: Wir sind eine Gesellschaft. Natürlich gibt es Reibereien, Spaltungen und Interessenkonflikte, aber wir sind eine Gesellschaft. Dafür müssen wir wieder einstehen, unabhängig von Hautfarbe, sexueller Orientierung und Religion. Das wird von der Identitätspolitik von rechts wie von links massiv infrage gestellt. Ich bin überzeugt, wir müssen jetzt unsere offene Gesellschaft, unsere Demokratie verteidigen. Denn Angriffe auf die Freiheit kommen nicht nur aus Russland und China.

Die Fragen stellten **Carsten Knop** und **Mechthild Harting**.

Zur Person

Ulrike Ackermann ist Soziologin und Politikwissenschaftlerin. Die Frankfurterin Professorin ist zudem Direktorin des John Stuart Mill Instituts in Bad Homburg. Sie gilt als Freiheitsforscherin. Seit Jahren beschäftigt sie sich schon mit den Themen Freiheit, offene Gesellschaft und Demokratie. In ihrem neuesten Buch, das mit dem Titel „Die neue Schweigespirale“ in diesem Frühjahr erschienen ist, beschreibt sie die von ihr beobachtete Entwicklung, wonach sich immer weniger Menschen trauen, etwas zu sagen, „weil es möglicherweise nicht völlig politisch korrekt ist“. Ackermann sieht durch diese Entwicklung auf lange Sicht die Debattenkultur und letztlich auch die Demokratie und die offene Gesellschaft gefährdet. mch.



Ulrike Ackermann Foto Franz Bischof

„Forum Demokratie“ mit Udo Di Fabio

„Was ist der Westen? Westliche Werte unter Beschuss“: Unter diesem Titel findet am 30. November eine Diskussionsrunde im Holzhause Schlosschen statt, bei der Professor Udo Di Fabio, ehemaliger Richter des Bundesverfassungsgerichts und Gründungsdirektor des Forschungkollegs Normative Gesellschaftsgrundlagen an der Universität Bonn, zu Gast ist. Die Veranstaltung, die um 19.30 Uhr beginnt, moderiert Ulrike Ackermann.

Die Diskussionsrunde ist Auftakt für eine neue Veranstaltungsreihe. Sie ist von der Frankfurter Soziologin und Politikwissenschaftlerin Ulrike Ackermann, die zudem Direktorin des John Stuart Mill Instituts in Bad Homburg ist, konzipiert worden. Die Reihe trägt den Titel „Forum Demokratie im Frankfurter Bürgersalon“.

In den nächsten Monaten sollen Vorträge und Diskussionsrunden stattfinden, zu denen Ackermann kluge Köpfe aus Politik, Wissenschaft und Kultur zum Gespräch einlädt. Auf diese Weise will sie neue Impulse für die ihrer Ansicht nach dringend notwendige Debattenkultur liefern. Hintergrund ist die von ihr beobachtete Gefährdung der freiheitlichen Lebensweise dieser Gesellschaft und der Demokratie insgesamt.

Zur Teilnahme an der Auftaktveranstaltung wird um eine Anmeldung über die Homepage der Frankfurter Bürgerstiftung, www.frankfurter-buergerstiftung.de, gebeten. Der Eintritt ist frei. Es wird auch ein Livestream über die Mediathek der Frankfurter Bürgerstiftung angeboten. mch.